



Inhalt

I. Beteiligung an den Kosten der Pflegeberatung nach § 7a SGB XI durch Beihilfestellen des Bundes	1
1. Ansatz der Nr. 2197 GOZ neben der Nr. 6100 GOZ	1
2. Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für Materialkosten im Rahmen einer in einer Privatklinik durchgeführten belegärztlichen Behandlung	2
II. Neues auf Rehmnetz	2
Beamtenblog	2

I. Beteiligung an den Kosten der Pflegeberatung nach § 7a SGB XI durch Beihilfestellen des Bundes

von Wolfgang Weigel, Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, München

Seit 1. Januar 2009 haben Pflegebedürftige nach § 7a SGB XI neben dem Anspruch auf Pflegeleistungen auch Anspruch auf individuelle Beratung und Hilfestellung durch Pflegeberater im Sinn eines individuellen Fallmanagements. Die COMPASS Private Pflegeberatung GmbH übernimmt die Beratungsleistungen für privat Versicherte. Die Nr. 37.1.1 BBhVwV zu § 37 BBhV bestimmt, dass die Aufwendungen für eine Pflegeberatung vom Träger der Pflegeberatung unmittelbar der jeweils zuständigen Festsetzungsstelle in Rechnung gestellt und von diesen direkt an den Träger der Pflegeberatung erstattet werden, wenn die Pflegeberatung für eine beihilfeberechtigte oder berücksichtigungsfähige Person erfolgte.

Das Bundesministerium des Innern als Träger der Beihilfe des Bundes hat zwischenzeitlich bekanntgegeben, dass für Pflegeberatungen, die für Beihilfeberechtigte bzw. berücksichtigungsfähigen Angehörige des Bundes ab 1. Juli 2016 durchgeführt werden, pro Beratungsbesuch eine Pauschale von 212,00 Euro anerkannt wird (vgl. RdS vom 28. Juni 2016, D6 – 30111/ 22#5).

Für andere Dienstherren, die dem zwischen dem Bundesministerium des Innern und der COMPASS GmbH geschlossenen Vertrag beigetreten sind, gilt dieser Betrag entsprechend.

1. Ansatz der Nr. 2197 GOZ neben der Nr. 6100 GOZ

Die Frage, ob im Rahmen einer kieferorthopädischen Behandlung neben der Nr. 6100 GOZ (Eingliederung eines Klebebrackets zur Aufnahme orthodontischer Hilfsmittel) auch die Nr. 2197 GOZ (Adhäsive Befesti-

gung [plastischer Aufbau, Stift, Inlay, Krone, Teilkronen, Veneer etc.]) gesondert abrechenbar und damit als beihilfefähig zu bewerten ist, wird zwischen Kieferorthopäden und privaten Krankenversicherungen bzw. Beihilfestellen unterschiedlich ausgelegt.

Seitens der Kostenerstatter wurde oftmals die Auffassung vertreten, dass der Begriff „adhäsiv“ ein Synonym für den Begriff „kleben“ sei und deshalb diese Art der Befestigung bereits von der Leistungsbeschreibung der Nr. 6100 GOZ erfasst werde, weshalb ein zusätzlicher Ansatz der Nr. 2197 GOZ ausgeschlossen sei. Diese Auffassung wurde von den behandelnden Kieferorthopäden nicht geteilt. Neben verschiedenen zivilgerichtlichen Entscheidungen der ersten Instanz gibt es zu diesem Themenbereich zwischenzeitlich auch verwaltungsgerichtliche Entscheidungen der zweiten Instanz.

Der BayVGH hat im Urteil vom 6. Juni 2016, 14 BV 15.527, die Nebeneinanderberechnung der genannten Gebührensätze als zulässig und damit als beihilfefähig angesehen. Obwohl hierzu noch keine höchstrichterliche Rechtsprechung vorliegt, ist nach Auffassung des BayVGH im Rahmen der beihilferechtlichen Bewertung die Entscheidungslage in der Zivilgerichtsbarkeit zu berücksichtigen. Da diese überwiegend die Nebeneinanderberechnung der genannten Gebührensätze als zulässig gewertet haben, ist diese Entscheidungspraxis auch im Rahmen der Beihilfestsetzung zu berücksichtigen.

Auch das OVG Rheinland-Pfalz hat im Urteil vom 29. Juni 2016, 2 A 10634/15 OVG, die Nebeneinanderberechnung der Nr. 2197 GOZ und Nr. 6100 GOZ als zulässig bewertet. Maßgebend war auch hier u. a. die Bewertung, dass bei Fehlen einer höchstrichterlichen



Entscheidung der Dienstherr bei seiner Entscheidung grundsätzlich zu berücksichtigen hat, ob eine Gebührenfrage in der Zivilgerichtsbarkeit (noch) umstritten ist.

2. Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für Materialkosten im Rahmen einer in einer Privatklinik durchgeführten belegärztlichen Behandlung

Aufwendungen für Behandlungen in Privatkliniken, sind nur im Rahmen einer nach dem jeweiligen Beihilferecht vorgegebenen Vergleichsberechnung beihilfefähig. Hierbei werden allgemeine Krankenhausleistungen u. a. in Form von DRG-Fallpauschalen eines öffentlichen Krankenhauses mit einer Versorgung in Form von Hauptabteilungen – ggf. auch die Wahlleistung Unterkunft – den tatsächlichen Kosten der Behandlung in der Privatklinik gegenüber gestellt. Eine gesonderte Vergleichsvorgabe zur Bewertung von wahl- bzw. belegärztlichen Leistungen fehlt derzeit.

Der BayVGH hatte im Urteil vom 2. Mai 2016, 14 B 15.1407, über die Frage zu entscheiden, ob die vom Belegarzt dem Patienten nach der GOÄ als Auslagen verrechneten Materialkosten im Rahmen einer in einer Privatklinik durchgeführten belegärztlichen Behandlung beihilfefähig sind. Die Beihilfestelle hatte eine Anerkennung abgelehnt, da nach deren Auffassung Materialkosten bereits durch den im Rahmen des Kostenvergleichs erfolgten Ansatzes der Fallpauschale

eines Krankenhauses mit Hauptabteilungen erfasst werde. Abweichend hiervon hat der BayVGH die Materialkosten als beihilfefähig angesehen. Die Argumentation, dass durch die gesonderte Berücksichtigung der Materialkosten nach der GOÄ eine „doppelte Berücksichtigung“ für ein bei einer Operation verwendetes Instrument, erfolgt, hatte keinen Bestand.

Wolfgang Weigel, Regierungsrat,
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat, München

II. Neues auf Rehmnetz

Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Berufliche Perspektive: Steuerbeamte als Steuerberater](#)

[Beamter – oder doch lieber Hartz IV?](#)

[Große Karrieren von Absolventen der \(Fach-\)Hochschulen für Verwaltung](#)

Mehr Blogbeiträge von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger finden Sie [hier](#).



Produktipp

Mildenberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



7.604 Seiten
Loseblattwerk
zzgl. Aktualisierungslieferungen
In 4 Ordnern
ISBN 978-3-8073-0014-6
€ 179,99
zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Dieser Kommentar gehört im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten zum Standard: Das Autorenteam berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung ebenso wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Dank seiner übersichtlichen Gliederung ist der Kommentar trotz seines Umfangs ausgesprochen benutzerfreundlich.



Produktipp

Weiß †/Niedermaier/Summer † u. a.

Beamtenrecht in Bayern



ISBN 978-3-8073-0486-1
€ 139,99/Quartal für 1-3 User*

[\[Mehr Info\]](#)

Das Standardwerk mit tiefgehender, anschaulicher Erläuterung des Bayerischen Beamtengesetzes, des Beamtenstatusgesetzes und des bayerischen Leistungslaufbahngesetzes.

*Die Mindestvertragslaufzeit beträgt 12 Monate, es gilt eine Kündigungsfrist von 6 Wochen zum Ende des Bezugszeitraums.